

Zu TOP 4: Bericht des Bürgermeisters (GVS am 15.12.2014)

Herr Fornell:

berichtet aus der Beratung beim Landkreis zur Entwicklung der Flüchtlingsunterbringung. Die Beratung fand mit allen Bürgermeistern und Amtsdirektoren am heutigen Tag statt. Die Flüchtlingszahlen nehmen zu. In diesem Jahr galt es im Landkreis 440 bis 450 Asylbewerber unterzubringen, im nächsten Jahr wird mit 800 gerechnet. Die Kommunen des Landkreises sind aufgefordert, diese Aufgabe zu unterstützen, zum einen mit der Bereitstellung von Gemeinschaftsunterkünften. Hier haben wir das Übergangwohnheim Alt Zepernick. Und zum anderen durch die Bereitstellung von Wohnungen. Die Unterbringung in den einzelnen Kommunen ist unterschiedlich stark ausgeprägt. Wir haben große Heime in Wandlitz und Alt Hüttendorf, andere Kommunen haben eine Vielzahl von Wohnungen bereitgestellt, z.B. Eberswalde oder Bernau. In unserem Übergangwohnheim gibt es 23 Plätze. Wir müssen im nächsten Jahr weitere Kapazitäten im Landkreis schaffen. Der Landkreis hat uns heute informiert, dass es hierfür mehrere Gestaltungsmöglichkeiten gibt. Der eine Weg wäre die Selbstverpflichtung der Kommunen, gemeinsam mit dem Landkreis entsprechend der Einwohnerzahl Unterbringungsmöglichkeiten zu schaffen. Das betrifft nicht die zentralen Einrichtungen. Der Landkreis beabsichtigt, drei große Heime mit jeweils ca. 100 Plätzen einzurichten. Darüber hinaus wird aber auch nach Wohnungen gesucht. Wir haben bisher keine Wohnungen bereitgestellt, da unsere kommunalen Wohnungen zurzeit alle vermietet sind und wir Wartelisten haben. Die Aufgabe wurde durch den Landkreis klar formuliert. Die Unterbringung Alt Zepernick verlief erfreulicher Weise bisher komplikationsfrei und ohne Zwischenfälle, wenn man von den Startärgernissen absieht. Wir können uns in einer Selbstverpflichtungsvereinbarung mit dem Landkreis einigen. Das würde bedeuten, dass wir im nächsten Jahr sechs Wohnungen bereitzustellen hätten. Wenn es zu einer freiwilligen Vereinbarung nicht kommen sollte, dann ist die Strategie des Landkreises die, über eine Verteilungssatzung nach Einwohnerzahl und Steuerkraft die Unterbringung von Flüchtlingen vorzunehmen. Die Bürgermeister und Amtsdirektoren sind der Meinung, dass das nicht nötig sein wird und eine entsprechende Selbstverpflichtung vereinbart werden kann. Eine weitere Möglichkeit wäre hier auch, private Wohnungsbesitzer anzusprechen. Weitere Informationen erfolgen zum Haushalt. Ich kann aber jetzt schon ankündigen, dass ich für den Haushalt 2015 ein neues Produktkonto in Höhe von 20.000 Euro vorschlagen werde, welches für die Unterstützung durch die Gemeinde für die Beschaffung und Anmietung von Wohnraum für Flüchtlinge genutzt werden soll. Das Wohnheim Alt Zepernick ist übrigens am 23.12.2014 ein Jahr in Betrieb. Auch die Unterstützung durch die Bevölkerung ist hier ganz ausgezeichnet.